

Knappes Fristen für Briefwähler

Nur rund zwei Wochen liegen voraussichtlich zwischen dem Versand der Briefwahlunterlagen und der Bundestagswahl. Wahlberechtigte müssen ihre Briefwahlunterlagen daher schneller bei ihrer Gemeinde beantragen, ausfüllen und zurücksenden, als dies bei einer Bundestagswahl zum regulären Ende einer Legislaturperiode der Fall ist.

Mit Eigeninitiative kann das Wählen vorab aber schneller gehen.

BERLIN

Die Stimmzettel werden erst gedruckt

Briefwahl wird immer beliebter. Bei der Bundestagswahl 2021 gab fast die Hälfte aller Wähler (47,3 Prozent) ihre Stimme per Brief ab – allerdings war das zu Zeiten der Corona-Pandemie. Doch auch bei der Europawahl 2024 entschieden sich knapp 38 Prozent für die Briefwahl. Jedoch ist das Zeitfenster in diesem Jahr bis zum Wahltag am 23. Februar nur knapp bemessen. Gerade erst sind die Stimmzettel in den Druck gegangen. Wohl zwischen dem 6. und 10. Februar beginnen die Kom-

munen mit dem Versand. Einen einheitlichen bundesweiten Starttag gibt es aber nicht. Bei früheren Wahlen gab es den amtlichen Hinweis, dass der Wahlbrief spätestens am Donnerstag vor der Wahl bei der Post sein muss, damit er rechtzeitig ankommt. Für die Wahl in diesem Jahr gibt es diesen Hinweis nicht mehr. Das heißt: Die Wähler sind selbst dafür verantwortlich, dass ihre ausgefüllten Briefwahlunterlagen pünktlich beim Wahlamt eintreffen.

Kann jeder per Brief wählen?

Inzwischen ja. Das Bundesverfassungsgericht bestätigte 2013 die allgemeine Freigabe der Briefwahl als verfassungsgemäß, um eine umfassende Wahlbeteiligung zu erreichen. Und kompliziert ist die Briefwahl auch nicht. In der Regel ist die Wahlbenachrichtigung per Post bei der Meldeadresse am Hauptwohnort schon im Januar angekommen. Darin liegt ein Vordruck, um den Wahlschein zu beantragen, den man für die Briefwahl benötigt. Das geht bei vielen Gemeinden auch

online. Nach dem Antrag kommen die Briefwahlunterlagen per Post nach Hause. Darin ist das weitere Prozedere genau beschrieben: Der ausgefüllte Stimmzettel kommt in einen eigenen Umschlag und dann zusammen mit dem unterschriebenen Wahlschein in den beigelegten roten Umschlag. Dieser wird portofrei per Post versandt oder zur aufgedruckten Adresse gebracht. Die Unterlagen müssen am Wahlabend bis 18 Uhr angekommen sein.

Geht das auch anders oder schneller?

Ja. Wahlberechtigte können ihren Wahlschein bei der Gemeinde ihres Hauptwohnortes auch direkt beantragen und die Unterlagen später persönlich abholen. Auf Wunsch können sie ihre Briefwahl dann sofort bei der Behörde erledigen. „Dort werden entsprechende Wahlkabinen aufgestellt, in denen man seinen Stimmzettel ausfüllen kann“, erklärt Bayerns Landeswahlleiter Thomas Gößl.

Dieser werde dann eingetütet und der verschlossene Umschlag bei der Gemeinde abgegeben. Die Wähler hätten so kein Transportproblem mit dem Wahlbrief zurück zur Gemeinde, argumentiert Gößl. Der Grund dafür: Normalerweise werden die Unterlagen zur Briefwahl zugeschickt, wenn diese beantragt wurde. Wer trotz seines Briefwahlanspruchs eine Woche vor der Wahl, also bis zum 16. Februar, noch keine Unterlagen bekommen hat, soll bei der Gemeinde nachfragen.

Kann ich per Brief wählen, wenn ich im Ausland lebe?

Grundsätzlich ja. Volljährige deutsche Staatsbürger, die länger im Ausland leben, haben Wahlrecht. Wenn sie keinen Wohnsitz in Deutschland mehr haben, müssen sie für die Teilnahme an der Wahl einen Antrag stellen. Dies war laut Bundeswahlleiter wegen der verkürzten Fristen in diesem Jahr aber nur bis zum 2. Februar möglich. In der Regel ist für den Antrag die Gemeinde zuständig, in der die letzte deutsche Heimatadresse lag. Von dort kommen dann auch die Briefwahlunterlagen. Briefwahlunterlagen aus dem Ausland zur zuständigen Stelle kosten Porto. Kritiker bemängeln, wegen der verkürzten Fristen werde es Auslandsdeutschen quasi unmöglich gemacht, an der Bundestagswahl teilzunehmen.

Wähler in Deutschland werden immer älter

Die Auszählung der Stimmen gibt nicht nur Aufschluss über den Wahlausgang, sondern auch über gesellschaftliche Trends – etwa die Zusammensetzung der Wählerstruktur. Diese zeigt: Die deutsche Wählerschaft altert stetig. Laut Zahlen des Demografieportals der Bundesregierung verschiebt sich die Wählerstruktur zunehmend zugunsten der älteren Generation. Bei der Bundestagswahl 2021 waren von den insgesamt 61,2 Millionen Wahlberechtigten mehr als 20 Prozent älter als 70 Jahre, während nur etwa 14 Prozent jünger als 30 Jahre waren. Im Vergleich zur Wahl 1987 zeigt sich ein klarer demografischer Wandel: Damals war fast jeder vierte Wahlberechtigte jünger als 30, während nur etwa jeder Siebte älter als 70 war.

Welche Folgen hat der demografische Wandel?

Auffällig ist das Wahlverhalten der Altersgruppen: Ältere Menschen gehen besonders häufig zur Wahl. 2021 gaben 75 Prozent der über 70-Jährigen und sogar 80 Prozent der 60- bis 69-Jährigen ihre Stimme ab. Bei den jüngeren Wählern, etwa den 21- bis 24-Jährigen, lag die Wahlbeteiligung hingegen bei 71 Prozent. Dieses Muster ist nicht neu, zeigt aber wie der demografische Wandel nicht nur die Wählerstruktur, sondern auch das politische Gewicht der Altersgruppen beeinflusst. Bemerkenswert ist jedoch, dass die Wahlbeteiligung bei den vergangenen beiden Bundestagswahlen über alle Altersgruppen hinweg wieder gestiegen ist.

NOCH
19 TAGE BIS
ZUR WAHL

Ist mit der Briefwahl Wahlbetrug wahrscheinlicher?

Groß angelegter systematischer Wahlbetrug bei der Briefwahl in Deutschland ist bisher nicht bekannt geworden. Das Anfordern der Unterlagen mit eigener Unterschrift sowie später die eigene Unterschrift samt eidesstattlicher Versicherung auf dem Wahlschein gelten als hohe Hürden. Wer hier fälscht, macht sich strafbar. Theoretisch birgt die Briefwahl aber mehr Risiken für Manipulationen als der Gang zur Urne. Das beginnt damit, dass beim Ankreuzen zu Hause niemand in der Nähe sein

darf. Denn die Wahl muss frei und geheim sein. Die Häufigkeit von Wahlfehlern und Wahlbetrug lässt sich nach einer Analyse des Instituts für Parlamentarismusforschung nur schwer messen. Fehler würden nicht immer aufgedeckt, und in Betrugsfällen bestehe für die Eingeweihten der Anreiz, den Fall geheim zu halten.

Um mögliche Fehler und Betrug aufzudecken, gibt es den Wahlprüfungsausschuss des Bundestags. Nach jeder Bundestagswahl nimmt er Wahleinsprüche aus der Bevölkerung, von Parteien und von Wahlorganen zwei Monate lang entgegen.

